



Satzung
über ein besonderes Vorkaufsrecht
für ein Gebiet nördlich Kalkumer Schloßallee
vom 17.06.2021

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf hat am 02.06.2021 aufgrund des § 25 Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB), in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) folgende Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht beschlossen:

§ 1

Der Stadt Düsseldorf steht in dem in § 2 näher bezeichneten Gebiet zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung ein Vorkaufsrecht nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch an den Grundstücken zu.

§ 2

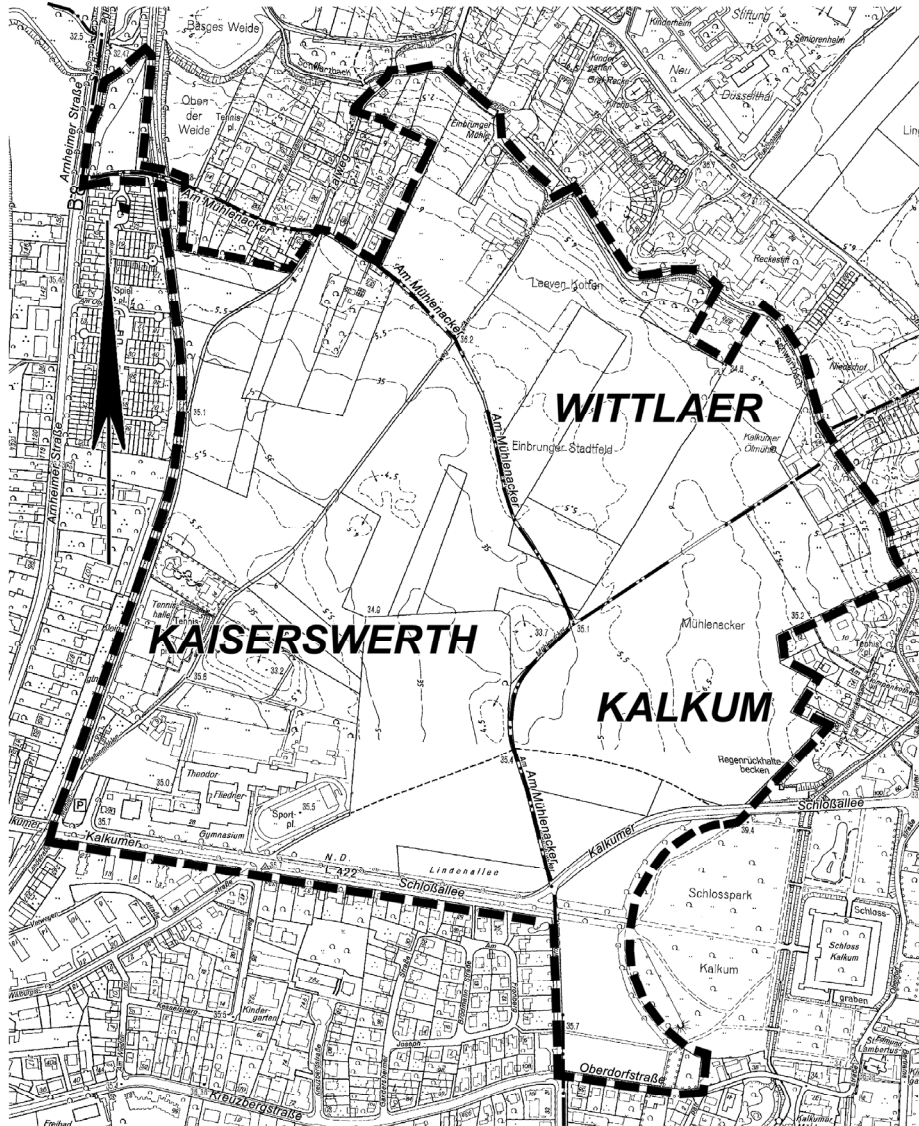
Der Geltungsbereich dieser Satzung erfasst ein Gebiet zwischen der Stadtbahntrasse im Westen, der Bebauung entlang Am Mühlenacker im Norden, dem Schwarzbach im Osten und der Kalkumer Schloßallee bzw. teilweise der Oberdorfstraße im Süden.

Maßgebend ist der im Plan Nr. 05/019 zeichnerisch dargestellte Geltungsbereich.

Der Plan Nr. 05/019 ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 3

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.



(Stadtbezirk 5)

Bekanntmachungsanordnung

Die vom Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf am 02.Juni 2021 beschlossene Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 Baugesetzbuch (BauGB) wird hiermit gemäß § 16 Abs. 2 BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Die v. g. Satzung tritt gemäß § 214 Absatz 4 BauGB rückwirkend zum 26. Juni 2021 in Kraft.

Die v.g. Satzung und der Satzungsplan liegen während der Dienststunden beim Vermessungs- und Katasteramt, Brinckmannstraße 5, Erdgeschoss, Zimmer 0001, zur Einsicht aus, soweit die durch das Corona-Virus hervorgerufene Pandemie-Situation es zulässt.

Dienststunden sind montags, mittwochs und freitags von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr, dienstags und donnerstags von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr.

Zur Einsichtnahme ist unter Umständen vorab eine Terminvereinbarung erforderlich.

Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann beim Zustandekommen einer Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung (öffentliche Bekanntmachung) nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
 - a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
 - b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
 - c) der Oberbürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
 - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt (§ 7 Abs. 6 der GO NRW).

2. Hat die Gemeinde das Vorkaufsrecht ausgeübt und sind einem Dritten dadurch Vermögensnachteile entstanden, hat sie dafür Entschädigung zu leisten, soweit dem Dritten ein vertragliches Recht zum Erwerb des Grundstücks zustand, bevor ein gesetzliches Vorkaufsrecht der Gemeinde auf Grund dieses Gesetzbuches oder solcher landesrechtlicher Vorschriften, die durch § 186 des Bundesbaugesetzes aufgehoben worden sind, begründet worden ist (§ 28 Abs. 6 Satz 1 BauGB).

Düsseldorf, 26. August 2022
61/12-VKR-05/019

Dr. Stephan Keller
Oberbürgermeister